

Fusion von Pharma und Staat?

Zusammenfassung / summary:

Aufgrund der von der STIKO herausgegebenen Empfehlungen befürworten die obersten Landesgesundheitsbehörden Schutzimpfungen für die Bevölkerung. Doch aufgrund eines brisanten Artikels stellt sich die Frage:

Sind die Mitglieder in ihren Entscheidungen wirklich frei oder steckt Big Pharma dahinter?

Sendetext / broadcast text:

Die Ständige Impfkommission (STIKO) wurde 1971 gegründet. Die 16 Mitglieder dieser Kommission werden vom Bundesministerium für Gesundheit für jeweils drei Jahre berufen. Aufgrund der von der STIKO herausgegebenen Empfehlungen befürworten die obersten Landesgesundheitsbehörden Schutzimpfungen. Alle Krankenkassen bezahlen empfohlene Impfungen anstandslos und das Bundesministerium für Gesundheit fordert die Bevölkerung auf, an Schutzimpfungen oder anderen Maßnahmen teilzunehmen. Nach Angaben der medizinischen Fachzeitschrift Arznei-Telegramm (AT) sind die STIKO-Mitglieder bei ihren Entscheidungen jedoch keineswegs frei. Die AT-Redaktion führte als Beispiele einer möglichen Befangenheit direkte Zuwendungen auf, die in Form von Pharmageldern für Vorträge und Beratertätigkeiten sowie Einladungen zu Kongressen gewährt wurden. Das heißt, das Bundesministerium für Gesundheit beruft Experten in die STIKO, die Big Pharma nahestehen und greift hinterher deren Empfehlungen auf. Ist das dann nicht so, als würden die Pharmafirmen dem Bundesministerium vorgeben, welche Impfserien sie gerne vermarktet hätten? Von Benito Mussolini, dem Begründer der politischen Bewegung in Italien, die als Faschismus bezeichnet wurde, stammt das Zitat: Faschismus ist die Fusion zwischen Großkonzernen und Staaten. Kann man dann im Falle der STIKO nicht auch von faschistischen Zügen sprechen?

Quellen / Sources:

Impfanweisungen aus der Pharma:

<https://www.welt.de/wissenschaft/article1674454/Impfanweisungen-aus-der-Pharmaindustrie.html>

Autor / Author: PG.